

Inhalt:

1. Ernährungssicherung	1
2. Gesundheit für alle	3
3. Bildung für alle.....	5
4. Wasserversorgung	6
5. Humanitäre Hilfe nach Katastrophen.....	7
6. Ende der Schuldenkrise?.....	9
7. Ganzheitliche Entwicklungszusammenarbeit	12

1. Ernährungssicherung

Das Recht auf Nahrung ist durch die Vereinten Nationen zum Menschenrecht erklärt worden. Dennoch leiden 800 Millionen Menschen auf der Welt an Hunger und chronischer Unterernährung. Der Welternährungsgipfel in Rom setzte sich 1996 zum Ziel, diese Zahl bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Die nachhaltige Beseitigung von Hunger und Mangelernährung ist eine der größten Herausforderungen des neuen Jahrhunderts.

Die Nahrungsmittelproduktion wächst schneller als die Weltbevölkerung. Doch diese Tatsache blieb bisher ohne positive Auswirkung auf das Leben der armen Menschen in den unterentwickelten Ländern. Solange den Menschen dort der Zugang zu produktiven Ressourcen und regelmäßigem Einkommen, zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen verwehrt bleibt, wird sich an diesem Zustand nichts ändern.

Der Zusammenhang von Armut und Hunger ist den Regierungen der betroffenen Länder geläufig, dennoch bringen sie nur wenig für die Entwicklung der ländlichen Regionen und zur Unterstützung der dortigen Bevölkerung auf den Weg. Häufig gibt es weder Beratungsdienste noch Kreditmöglichkeiten, und die ländliche Infrastruktur ist dürftig. Die überfälligen Investitionen in Straßen, Schulen und Gesundheitsdienste fallen immer wieder anderen Prioritäten zum Opfer. Außerdem ist die bäuerliche Bevölkerung häufig durch unklare Rechtsverhältnisse bezüglich Nutzung und Besitz von Grund und Boden verunsichert.

Armut und Unwissenheit auf der einen und Profitgier auf der anderen Seite tragen ihren Teil zur Übernutzung und Verschlechterung der Böden

bei. Das kann zu Erosionen und schließlich zum völligen Verlust von ehemals fruchtbarem Ackerland führen. Der ländlichen Bevölkerung wird damit mehr und mehr die Existenzgrundlage entzogen. In ihrer Not und in der Hoffnung auf bessere Einkommensmöglichkeiten ziehen die Menschen in die Städte. Doch auch die Stadtkommunalen Verwaltungen sind durch den Zuzug dieser Mittellosen überfordert, die ihr chancenloses Dasein in den wachsenden Slums fristen.

In vielen Ländern verschließt sich die Regierung dieser Problematik. Nicht selten handelt es sich um korrupte politische Systeme, die Partikularinteressen verfolgen. Oder es sind Regime, die den Hunger in der Bevölkerung ausnutzen, um innenpolitische Konflikte in ihrem Sinn zu steuern. Die Verhältnisse sind weit davon entfernt, der armen Bevölkerung auch nur die Möglichkeit einer Interessenvertretung zu bieten, von einer tatsächlichen politischen Partizipation ganz zu schweigen.

Bei der Prävention von Hunger und Unterernährung steht deshalb im Katalog der Maßnahmen eine Verbesserung der Agrartechnologie gleichwertig neben der Förderung von politischen und sozialen Reformen.

Eine Hungerkrise kann sich so weit zuspitzen, daß die schlimmsten Folgen nur durch Soforthilfe der reichen Nationen zu mildern sind. Eine nachhaltige Verbesserung der Lage wird jedoch nur dann erreicht werden, wenn die Regierungen eine wirksame Struktur zur Katastrophenprävention installieren und wenn darüber hinaus die Betroffenen aktiv mitwirken

und mitentscheiden. „Hilfe zur Selbsthilfe“ lautet das Motto.

Die deutschen Nicht-Regierungsorganisationen bereiteten auf dieser Grundlage einen Katalog von Forderungen zur Ernährungssicherung für den Welternährungsgipfel 1996 in Rom vor, der nach wie vor Beachtung verdient:

1. Internationale Programme zur Ernährungssicherung müssen schwerpunktmäßig den ‚Low Income Food Deficit Countries‘ (LIFDCs) zugute kommen. Das sind Länder, die mehr als 25% ihrer Exportgewinne für Lebensmittelimporte ausgeben. Zur Zeit gibt es 32 dieser Länder, sie liegen in Afrika und Südasien. Bei den nationalen und internationalen Planungen zur Ernährungssicherung müssen die schwächsten Bevölkerungsgruppen besonders berücksichtigt werden, darunter vor allem die Frauen und Kinder. Nationale Strategien zur Ernährungssicherung dürfen nicht über die Köpfe der Armen hinweg geplant werden, sondern müssen auf deren Kenntnissen und Fähigkeiten aufbauen, um ihre Selbsthilfekapazitäten zu mobilisieren.
2. Lokale Märkte und Kleinproduzenten von Nahrungsmitteln müssen gestärkt werden. Kleinbauern und -bäuerinnen müssen die Möglichkeit zur Direktvermarktung ihrer Produkte haben. Rechte zum Schutz vor Ausbeutung müssen geschaffen, Agrarreformen durchgeführt werden mit dem Ziel, der bäuerlichen Bevölkerung den Zugang zu den Produktionsressourcen, wie Land und Wasser, aber auch zu finanziellen Beihilfen und Krediten sowie zu technischem Know-how und Beratung zu ermöglichen. Dabei müssen Aspekte des Umweltschutzes genauso berücksichtigt werden, wie die Verbesserung der örtlichen Lagerkapazitäten und die Weiterverarbeitung der Nahrungsmittel vor Ort. Alle diese Forderungen beziehen sich in besonderer Weise auf Frauen. Ihr großer Anteil an der Produktion muß eine Entsprechung in rechtlicher Hinsicht finden. Das betrifft besonders den Erwerb von Eigentum und den Besitz von Land.
3. Die Interessenvertretungen der Kleinbauern und -bäuerinnen müssen genau wie die der Großproduzenten in die Entwicklung von Maßnahmen zur Ernährungssicherung auf lokaler, nationaler und globaler Ebene einbezogen werden. Dazu bedarf es neuer

Formen der politischen Partizipation („empowerment“).

4. Die Namen der Länder, in denen Hungerkrisen eintreten können, sind bekannt. Deshalb gilt es, dort nationale und internationale Maßnahmen zu konzentrieren, um in den betroffenen Regionen zum Beispiel dezentrale Nahrungsmittelvorräte anzulegen. Die Zivilgesellschaft sollte in Planung, Anlage und Kontrolle der Nahrungsreserven einbezogen werden. Des weiteren könnte ein „Frühwarnsystem“ geschaffen werden, um den Zeitpunkt, an dem die Hilfe von außen einsetzen muß, richtig zu bestimmen. Zur Beurteilung der Situation sollten nicht nur Klima- und Wetterdaten sowie Erntestatistiken herangezogen werden, auch der Zustand der Böden und die Lebensbedingungen der Bevölkerung müßten als Indikatoren berücksichtigt werden.
5. Wegen der Öffnung der Märkte für Nahrungsmittelimporte durch die Großproduzenten aus den Industrieländern sind die Kleinbauern und -bäuerinnen häufig verzerrten Wettbewerbsbedingungen ausgeliefert. Die lokale Nahrungsmittelproduktion und die Stärkung der lokalen Märkte müßte mit der Notwendigkeit der Nahrungsmittelimporte so in Einklang gebracht werden, daß der bäuerlichen Bevölkerung dabei nicht ihre Einkommensquelle entzogen wird. Der Schutz der Kleinproduzenten ist eine geeignete Maßnahme gegen die Landflucht, die meist nur eine Verelendung der ländlichen Bevölkerung in den städtischen Slums zur Folge hat. Durch diesen Schutz der Kleinbauern wird verhindert, daß weite Landstriche zu Wüsten werden. Das käme der regionalen Vielfalt landwirtschaftlicher Produkte entgegen, die den Klima- und Bodenbedingungen sowie den traditionellen Ernährungsgewohnheiten angepaßt sind.
6. Die Liberalisierung der Finanzmärkte könnte fatale Folgen für die ärmsten Länder haben. Deshalb muß verhindert werden, daß die Binnenmärkte dieser Länder vom ausländischen Kapitaltransfer aufgesaugt werden. Eine Möglichkeit zur Schaffung von Gerechtigkeit wäre die Besteuerung von Kapitaltransaktionen. Diese Einnahmen könnten unter anderem für die Ernährungssicherung in den ärmsten Ländern verwendet werden.

World Vision aber konzentriert sich vor allem auf die Arbeit mit den Menschen selbst. In den regionalen Entwicklungsprojekten arbeitet World Vision beispielsweise mit den Kleinbauern zusammen, um gemeinsam mit ihnen neue Agrarerzeugnisse auszutesten, die Produktion zu diversifizieren, dürreresistente Produkte anzubauen, Bewässerungskanäle anzulegen, die Viehzucht zu verbessern, der Bodenerosion durch die Anpflanzung von Bäumen entgegenzutreten (die gleichzeitig als alternative Einkommensquelle

dienen), über die Vorteile von Mischkulturen aufzuklären und regionale Märkte zu erschließen, auf denen landwirtschaftliche Produkte verkauft und eingekauft werden können.

Der Forderungskatalog der Nicht-Regierungsorganisationen von 1996 wird in den Regional-Entwicklungsprojekten von World Vision weitgehend umgesetzt.

2. Gesundheit für alle

„Gesundheit für alle“ ist uns zur Selbstverständlichkeit geworden. In Deutschland gibt es seit mehr als 100 Jahren die Sozialversicherungen und ein öffentliches Gesundheitswesen. Trotz interner gesundheitspolitischer Probleme und Interessenkonflikte im Bereich des Gesundheitswesens gilt ganz grundsätzlich: Alle Menschen, die hier leben und arbeiten, haben einen unkomplizierten Zugang zu medizinischer Versorgung. Die Infrastruktur von ärztlichen Praxen und Krankenhäusern ist gut. Die Krankenkassen legen umfangreiche Programme zur Gesundheitserziehung und -vorsorge auf. Der größte Teil der Menschen hat einen Lebens- und Bildungsstand, der es ihnen ermöglicht, sich über Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge zu informieren und diese umzusetzen. Eine prosperierende Wirtschaft und sozialer Frieden sind die Grundlagen für Gesundheit und hohe Lebenserwartung eines jeden Mitglieds unserer Gesellschaft.

Jedoch gelten diese Maßstäbe nur in den reichen Ländern der Welt. So wird in den unterentwickelten Ländern Nationen jedes Jahr die Hälfte aller Todesfälle durch Infektionskrankheiten verursacht, während sie in den Industrieländern nur 5 bis 10% der Todesfälle ausmachen. Allein diese Zahl steht für den engen Zusammenhang von Krankheit und Armut.

Gerade am Aufkommen von AIDS wird dieser Sachverhalt besonders deutlich. Von den 34 Millionen HIV-Infizierten und AIDS-Kranken auf der Welt leben 90% in Entwicklungsländern. Die rasante Ausbreitung der Immunschwächerkrankung AIDS droht in Afrika eine ganze Generation auszulöschen. In den vergangenen Jahrzehnten war eine kontinuierliche Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung zu verzeichnen.

Wegen AIDS ist diese bereits auf das Niveau der Fünfziger Jahre zurückgesunken.

Während die Anzahl der neu Infizierten in Westeuropa seit Jahren rückläufig ist, nimmt die Zahl der Erkrankten in den unterentwickelten Regionen mit unverminderter Geschwindigkeit zu. Dabei erhöht sich die Zahl der neu infizierten Frauen doppelt so schnell wie die der Männer. Die Wahrscheinlichkeit der Übertragung von HIV durch stillende Mütter auf ihre Kinder liegt in Botswana und Simbabwe bei 40%. In den Industrieländern hingegen kann sie durch geeignete Vorsorgemaßnahmen auf 5% eingeschränkt werden.

Der AIDS-Tod eines oder beider Elternteile durch AIDS destabilisiert die familialen Strukturen. Die älteren Geschwister müssen die Haushaltsführung übernehmen. Durch die frühe Last der Verantwortung werden sie um eine altersgemäße Entwicklung betrogen. (Vgl. CHH) betrogen (vgl. 4. Kindergeführte Haushalte).

Die klassischen tropischen Infektionskrankheiten grassieren heute in einem nie gekanntem Ausmaß. Alle Arten von Infektionskrankheiten fordern um so mehr Opfer, je größer die existentielle Not in den betroffenen Regionen ist. Kriege und Naturkatastrophen können haben in vielen Fällen Malaria- und Cholera-Epidemien zur Folge haben. Folge.

Malaria

Die Malaria zum Beispiel ist in mehr als 90 Ländern der Erde zu einem öffentlichen Gesundheitsproblem geworden, das heißt zu einem Problem geworden; das bedeutet eine potentielle Bedrohung für 2,4 Milliarden Menschen oder für 40 % der Weltbevölkerung. Jährlich sterben 1-3 Millionen Menschen an dieser Krankheit. Für die

Ausbreitung der Malaria lassen sich die Gründe noch weiter differenzieren.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) rechnete Mitte der Sechziger Jahre damit, daß die Malaria bald ausgerottet sein würde. Doch das Gegenteil trat ein. Das hat zwei Gründe: 1. Einerseits verschaffte die globale Erwärmung des Klimas verschafft dem Überträger des Malariaparasiten, der Anophelesmücke, bessere Lebensbedingungen. 2. Sowohl der Parasit als auch die Mücke haben gegen den Großteil der Insektizide und Medikamente, die zu ihrer Bekämpfung eingesetzt werden, zwischenzeitlich Resistenzen ausgebildet. Ein wirksamer Impfstoff konnte noch nicht entwickelt werden.

In Brasilien wird seit Jahrzehnten die Ansiedlung von Familien ohne Landbesitz im tropischen Regenwald durch Regierungsprogramme gefördert. Die Neusiedler schaffen der Anophelesmücke durch ihre Eingriffe in das bestehende Ökosystem ideale Brutmöglichkeiten. Nirgendwo auf der Welt ist die Gefahr, an Malaria zu erkranken, so groß wie in diesen brasilianischen Migrationszentren.

Häufig wird die Arbeit der staatlichen Gesundheitsbehörden im Kampf gegen die Epidemien durch politische Konflikte blockiert, einblockiert. Beispiel dafür ist Sri Lanka. Sri Lanka: Dort macht der seit Jahren anhaltende Bürgerkrieg eine effiziente Eindämmung der Seuche unmöglich.

Die Anophelesmücke wird in der Dämmerung aktiv. Ein simpler Schutz gegen ihren Stich ist es, unter einem imprägnierten Moskitonetz zu schlafen. Doch der Anschaffungspreis von ca. 25 DM ist für die meisten Menschen in unterentwickelten Ländern zu hoch.

World Vision führt derzeit ein Pilotprojekt durch, das die Wirksamkeit von imprägnierten Moskitonetzen untersucht. Die konsequente Nutzung solcher Netze verspricht eine Reduzierung der Kindersterblichkeit in den betroffenen Gebieten.

Cholera

Im südlichen Afrika ist für die Monate März und April, dem Höhepunkt der Regenzeit, regelmäßig ein Anstieg der Cholerainfektionen zu verzeichnen. Der Cholera kann durch den Bau von Brunnen und Abwasseranlagen begegnet werden. Diese Projekte müssen durch Aufklärungskampagnen flankiert werden.

Die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung, der Bau von gesonderten Abwasserleitungen und die Gesundheitserziehung sind die drei Säulen, auf denen die Choleraprävention basiert. Bei der Eindämmung von Infektionskrankheiten kommt auch dem Bildungsaspekt besonders große Bedeutung zu.

Nicht nur im Hinblick auf AIDS, sondern auch wegen der nach wie vor hohen Mütter- und Säuglingssterblichkeit in den unterentwickelten Ländern bedarf es einer Ausweitung der Gesundheitsvorsorge für Schwangere, der professionellen Betreuung während der Geburt und einer Nachsorge für Mütter und Kinder. Das Menschenrecht auf reproduktive Gesundheit ist in den meisten Regionen der Welt noch weit von seiner Einlösung entfernt.

Die Infrastruktur der medizinischen Versorgung ist in den Ländern der Dritten Welt äußerst schlecht ausgebaut. Die Zahl, mit der sich dieser Sachverhalt am einfachsten belegen läßt, ist das Verhältnis von Ärzten zu Einwohnern. In Bolivien kamen 1993 auf einen Arzt 2000 Einwohner, in Deutschland waren es 290 (1997). Um dieses krasse Missverhältnis zu mildern, wurde andersorts mit Erfolg ein alternativer Weg beschritten: Durch die nichtakademische medizinische Ausbildung von so genannten Barfußärzten konnte zum Beispiel in Bangladesch die Infrastruktur der Erstdiagnose und -versorgung deutlich verbessert werden.

Die hohe Auslandsverschuldung der meisten unterentwickelten Länder ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Staatsausgaben für das Gesundheitswesen und diejenigen für den Schuldendienst in einem Verhältnis stehen, das nicht länger verantwortet werden kann. In Brasilien zum Beispiel lag 1997 der Anteil der Staatsausgaben für das Gesundheitswesen unter 5%, während der Anteil zur Bedienung des Schuldendienstes rund 52% ausmachte. Eine nachhaltige Verbesserung der Gesundheitsvorsorge kann in diesen Ländern nur durch einen großzügigen Schuldenerlass eingeleitet werden.

World Vision hat das Ziel, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu verbessern. Oft werden neue Entwicklungsprojekte von World Vision gerade dort geplant, wo es eine hohe Mütter- und Kindersterblichkeit gibt und wo die Lebenserwartung niedrig ist. Weil viele dieser Projekte mit Hilfe von Kinderpatenschaften

finanziert werden, wird schon in der Vorbereitungsphase großer Wert auf eine Reduzierung der Kindersterblichkeit gelegt. Dies geschieht meist durch eine Verbesserung der Wasserversorgung (z.B. Brunnenbohrung) sowie durch Mutter-und-Kind-Beratung und Schwangerschaftsvorsorge. Allein der Zugang zu unverseuchtem Wasser kann, verbunden mit anderen aufklärenden Maßnahmen, die Kindersterblichkeitsrate deutlich zum Sinken bringen. Darüber hinaus gehören Komponenten wie Ernährungs- und Hygieneberatung, der Aufbau einer Gesundheitsstation, der Bau von Latrinen und anderen sanitären Einrichtungen, eine Diversifizierung von landwirtschaftlichen Produkten sowie der Anbau von vi-

taminreichen Erzeugnissen zum Entwicklungsprogramm hinzu. Wenn diese Maßnahmen noch von einem entsprechenden Aufklärungs- und Bildungsprogramm begleitet werden, kann über die Jahre hinweg sowohl ein fundiertes Gesundheitsbewusstsein als auch eine angemessene Gesundheitsstruktur für die Armen geschaffen werden.

„Gesundheit für alle“ – diese Forderung wird erst dann Wirklichkeit werden, wenn es für die Menschen nicht mehr nur ums nackte Überleben geht. Die Voraussetzung dafür ist ein Dasein in politischem und sozialem Frieden.

3. Bildung für alle

Ohne Bildung können sich Kinder nicht zu eigenverantwortlichen, informierten und aktiven Mitgliedern der Gesellschaft entwickeln. Zur Zeit leben 125 Millionen Kinder auf der Welt, die nicht einmal die Grundschule besuchen, zwei Drittel davon sind Mädchen. 150 Millionen Kinder verlassen die Schule, bevor sie lesen und schreiben können. Die Qualität der öffentlichen Schulbildung ist in vielen Entwicklungsländern miserabel.

Die Ausbildung der Kinder ist die Grundlage des zukünftigen Wohlergehens ihrer Nationen. Geld, das heute in die Schulbildung der Kinder investiert wird, zahlt sich morgen um ein Vielfaches aus: in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die allgemeine Entwicklung des Landes und das Wirtschaftswachstum.

„Volkswirtschaften mit geringer Arbeitslosigkeit haben in der Regel viel in die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten investiert – besonders in Schulbildung, Gesundheitsvorsorge und qualifizierte Berufsausbildung Südkorea und Malaysia geben jährlich 150 Dollar pro Kopf für Gesundheit und Bildung aus. Im Gegensatz dazu gibt Indien nur 14, Pakistan 10 und Bangladesch gar nur 5 Dollar pro Person aus.“

Die unterschiedliche Verteilung von Chancen und Vorteilen im Weltwirtschaftssystem ist das Ergebnis des Zusammenwirkens vieler Faktoren. Keiner von ihnen ist für sich genommen ausschlaggebend, obwohl der eine oder andere hin und wieder für diese Funktion reklamiert worden

ist (z. B. Flexibilität des Marktes, Infrastruktur, Exportorientierung, Auslandsinvestitionen und Förderung von Binnenmärkten). Auch Bildung oder die Investition in die nachfolgende Generation reichen für sich allein genommen nicht aus, um Wirtschaftswachstum zu bewirken. Doch lehrt uns die Geschichte, dass Länder, die kontinuierlich für die Förderung ihrer Kinder gesorgt haben, daraus einen beträchtlichen Nutzen für den ökonomischen Fortschritt gezogen haben.

Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Bildung als Motor und Garant des Wohlstands einer großen Anzahl von Problemen gegenübersteht. Das ehrgeizige Ziel, die schulische Grundausbildung bis 2015 für alle Kinder weltweit sicherzustellen, wird ein mühevolleres Unterfangen sein, das der gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten bedarf. Deshalb wurde für den 24. bis 26. April 2000 in Dakar das „World Education Forum“ anberaumt. Internationale Nichtregierungsorganisationen haben einen „Global Action Plan“ zur Verbesserung der Bildung vorbereitet, der in dieses Forum als Antrag eingebracht wurde.

Die Herausforderung ist enorm: Jedes Jahr gehen 150 Millionen der Kinder, die eingeschult worden sind, noch vor Vollendung der 4. Klasse wieder von der Schule ab. Diese Kinder müssen als funktionale Analphabeten angesehen werden. Unter anderem ist es die mangelhafte Beherrschung des Lesens und Schreibens, welche diese Menschen von der politischen Willensbildung ausschließt. Nur auf der Grundlage der allgemeinen Schulbildung kann sich eine Zivilgesellschaft

formieren, die zur Trägerin demokratischer Entscheidungsprozesse wird.

Zusammenarbeit auf allen Ebenen – lokal, national und international – ist gefragt, um die Qualität der Bildung sicherzustellen. Frühere Bemühungen, mehr Kindern eine Schulbildung zu ermöglichen, scheiterten am Mangel an Lehrkräften, Unterrichtsmaterialien und Klassenräumen. Doch ist es mit einer minimalen und formalen Grundschulbildung allein nicht getan. Es gilt, Kinder, die unter denkbar schlechten materiellen Voraussetzungen leben, bei der vollen Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die es auch den armen Familien erlauben, ihre Kinder zur Schule zu schicken.

Es gibt finanzielle, soziale und kulturelle Hürden, die überwunden werden müssen. In Entwicklungsländern ist es oft üblich, dass Familien, die ihre Kinder auf die staatlichen Schulen schicken, etwa ein Drittel bis zur Hälfte der Ausbildungskosten selbst tragen. Schon diese finanzielle Verpflichtung kann viele Familien in schwierigen Zeiten überfordern. Während der Wirtschaftskrise in Südostasien zwischen 1997 und 1998 wurde in den armen Familien zuerst an der schulischen Ausbildung gespart. Eine Untersuchung, die im Auftrag des philippinischen Bildungsministeriums durchgeführt wurde, ergab, dass in diesem Zeitraum fast

2 Millionen Jugendliche die Schule abbrechen mussten. (In Thailand fiel mit dem Jahresende 1997 eine Viertelmillion Schüler und Schülerinnen aus dem staatlichen Bildungssystem heraus.)

Die große Bedeutung von Bildung und Gesundheit für die kindliche Entwicklung veranlasste die Weltbank dazu, einige Projekte in Auftrag zu geben, die sich mit den Belangen von Kindern befassen:

„Die Forschung hat ausreichend belegt, dass die frühen Lebensjahre entscheidend für die Entwicklung der Intelligenz, der Persönlichkeit und des Sozialverhaltens sind... Daraus folgt, dass sich Projekte mit dem umfassenden Ansatz, die Kindheit als menschliche Entwicklungsstufe ernst zu nehmen, langfristig äußerst positiv auf die Gesellschaft auswirken. Gesundheitsvorsorge und Ernährung der Kinder sind ebenso sicherzustellen wie ihre schulische Förderung.“

Sobald der Schulbildung ein entsprechender Stellenwert eingeräumt wird, vollzieht sich in den Familien ein messbarer Wandel zum Besseren. Eine 1993 in Uganda durchgeführte Untersuchung zeigte, dass eine Familie bereits dann in der Lage ist, ihren landwirtschaftlichen Ertrag um mindestens 13% zu steigern, wenn ein einziges Familienmitglied die Grundschule beendet hat.

Für die Bildung sollte ein fester Sockelbetrag im Staatsbudget vorgesehen sein. Das wäre langfristig eine wirksame Investition in eine sichere Zukunft. Eine Beschneidung der Staatsausgaben für Bildung verlangsamt das Wirtschaftswachstum und beschränkt die Produktivität der Menschen. Auch müssen die Eltern in die Lage versetzt werden, ihre Kinder für den Schulbesuch freizustellen. Dazu ist die Abschaffung des staatlichen Schulgeldes in Entwicklungsländern genauso wichtig wie die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Allgemeinen. Die Sicherstellung eines höheren Haushaltseinkommens ist sowohl Voraussetzung wie Ziel einer Bildungsoffensive. Ohne ein garantiertes Mindesteinkommen sind arme Familien auf das zusätzliche Geld angewiesen, das die Kinder im schulfähigen Alter durch ihre Arbeit verdienen.

4. Wasserversorgung

Verseuchtes Wasser ist die häufigste Ursache für Krankheit und Tod in den Entwicklungsländern. Ein Übel, das zu beheben wäre. Derzeit allerdings fordert es jährlich das Leben von 5 Millionen Kindern. Etwa 1,3 Milliarden Menschen sind ohne sauberes Wasser und 2,5 Milliarden leben ohne sanitäre Einrichtungen.

Gesundheit und sauberes Wasser gehören zusammen. Mehr als 1,7 Milliarden Menschen trinken unsauberes Wasser. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass 80% aller Infektionen durch verseuchtes Wasser übertragen werden. Eine der Hauptkrankheiten ist Diarrhö (Durchfall), die jährlich das Leben von 2,5

Millionen Kindern fordert. Andere Krankheiten, die von verseuchtem Wasser hervorgerufen werden, sind Ruhr, Typhus und Cholera. Wasser ist auch der Lebensraum für Krankheitsüberträger wie die Anophelesmücke (Malaria), die Schwarze Fliege (Onchozerkose oder Flussblindheit), die Tsetse-Fliege (Schlafkrankheit) und die Schnecken (Bilharziose).

Die Wasserversorgung der Familie obliegt meist den Frauen. Häufig verbringen sie einen großen Teil des Tages damit, das Wasser von Tümpeln, Flüssen oder Brunnen nach Hause zu tragen. Neben sauberem Wasser bedarf es zur Krankheitsverhütung natürlich auch der vorbeugenden Impfung und anderer Maßnahmen, damit Leben gerettet und Leid gemildert wird. Gegenwärtig sind nur 60% der Menschen in Entwicklungsländern gegen Diphtherie, Keuchhusten und Wundstarrkrampf (Tetanus), Kinderlähmung und Masern geimpft. In Südasien und in Schwarzafrika werden Frauen bei der Impfung oft vernachlässigt, weshalb in diesen Gegenden auch mehr Frauen als Männer an Infektionskrankheiten sterben.

Jeder Mensch sollte Zugang zu sauberem Wasser haben. Wasser muss dabei für alle nicht nur leicht zugänglich, sondern auch erschwinglich sein. World Vision schließt sich der Forderung der „Global Water Partnership“ an, dass jeder Mensch mindestens 25 l Trinkwasser täglich zur Verfügung haben sollte. Die Wasserquelle sollte nicht weiter als 200 m von seinem Haus entfernt sein. Die Bewohner von Slums sollen aus dem Dilemma

befreit werden, entweder sauberes, teures Wasser von Händlern zu kaufen oder verschmutztes Wasser aus Flüssen und Seen verwenden zu müssen.

Es gibt gute Beispiele für Kommunalprojekte, die sauberes Wasser zu erschwinglichen Preisen ermöglicht haben. Bewohner der Gemeinde Dawpon in Birma hatten früher zwischen dem teuren Wasser von privaten Anbietern und dem Wasser aus dem nahe gelegenen, aber verschmutzten Fluss zu wählen. World Vision finanzierte hier die Bohrung von zwei Tiefbrunnen als Teil eines Projekts der Gesundheitsvorsorge und des Brandschutzes. Die Gemeinde selbst übernahm den Brunnenbau und verteilt nun das saubere Wasser durch ein Komitee. Letzteres wiederum stellt sicher, dass der Wasserpreis stabil bleibt und die Pumpen-Röhren-Systeme regelmäßig gewartet werden.

Carol Bellamy, die geschäftsführende Direktorin von UNICEF, gibt zum Problem der Wasserversorgung folgende Einschätzung: „Wenn Kinder ohne sauberes Wasser oder sanitäre Einrichtungen aufwachsen, ist ihre Gesundheit und Entwicklung in jeder Hinsicht gefährdet. Und wenn Familien den Zugang zu gesundem Wasser und angemessenen sanitären Einrichtungen verlieren, geht eine ganze Generation verloren und mit ihr alles, was bisher für die Gesundheit und Ernährung der Kindern erreicht werden konnte – und damit sind wichtige Chancen für eine menschliche Entwicklung vertan.“

5. Humanitäre Hilfe nach Katastrophen

Jährlich sind schätzungsweise 300 Millionen Menschen von Kriegen und Katastrophen betroffen. Mindestens 16,5 Millionen sind auf der Flucht oder warten in Notunterkünften und Lagern auf die Rückkehr in ihre Heimat. 95% dieser von Not und Vertreibung betroffenen Menschen sind Zivilisten; unter den Flüchtlingen sind 80% Frauen und Kinder.

Diese Menschen zu unterstützen, ihnen das Überleben in Würde zu ermöglichen, ist Aufgabe der Humanitären Hilfe. Auch Not- oder Katastrophenhilfe genannt, orientiert sich die Humanitäre Hilfe vorrangig am Prinzip der moralischen Verpflichtung, in Not geratenen Menschen zu

helfen. Dies findet im christlichen Prinzip der Nächstenliebe eine Fortführung und dient als Triebfeder für das Handeln internationaler Hilfswerke.

Anders als bei der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit stehen bei der Humanitären Hilfe die strukturellen Ursachen der Not zunächst nicht im Vordergrund. Das heißt, das auch in politisch brisanten Situationen - wie z.B. in Nordkorea oder im Irak - Humanitäre Hilfe geleistet wird, um die Schwächsten der Gesellschaft zu unterstützen. Konditionierung aus politischen Gründen kann es für uns nicht geben, denn Hungernde fragen nicht nach Politik. Sie brauchen Hilfe.

Um jedoch nicht nur als ‚Feuerwehr‘ für immer wiederkehrende Krisen eingesetzt zu werden, beziehen wir auch im Sektor Humanitäre Hilfe zunehmend Position und stellen uns dabei auf die Seite der Armen und Unterdrückten. Die von Natur- und Kriegskatastrophen betroffenen Menschen sollen ihre gegenwärtigen Krisen – auf Dauer - möglichst aus eigener Kraft bewältigen und auch für künftige Krisen besser gewappnet sein.

Dieser veränderte Ansatz hat dazu geführt, dass Humanitäre Hilfe neben den „klassischen“ Nahrungsmittelverteilungen und Not-Gesundheitsprogrammen mittlerweile auch Maßnahmen des Wiederaufbaus und der Rehabilitation umfasst. Nach Flut- oder Dürreschäden werden beispielsweise Saatgut und landwirtschaftliches Werkzeug verteilt und die Infrastruktur wieder aufgebaut, damit die Menschen ihr eigenes Überleben nachhaltiger sichern können.

Mit der zunehmenden Komplexität von Katastrophen gewinnen neue Nothilfebereiche wie Traumaheilung und Konfliktbewältigung zunehmend an Bedeutung. Auch hier will die Humanitäre Hilfe die Voraussetzungen für eine würdevolle Krisenbewältigung und langfristiges Überleben schaffen. Als lernende Organisation zeigt sich World Vision offen für neue Facetten der Humanitären Hilfe und beteiligt sich an entsprechenden Fachdiskussionen und an der Auswertung einschlägiger Erfahrungen.

In den vergangenen vier Jahren hat World Vision bei weltweiten Katastrophen in über 30 Ländern interveniert, von Bosnien bis Nicaragua, von Zaire (DR Kongo) bis Osttimor. Durch sein umfassendes internationales Netzwerk von nationalen Büros und regional stationierten Nothilfeexperten gelingt es World Vision meistens, auf entstehende Krisen sehr schnell zu reagieren. World Vision verfügt über lokales Know-how und nationale Experten und ist deshalb in der Lage, krisenvorbeugende Maßnahmen in laufende Entwicklungsprojekte zu integrieren. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Nothilfemaßnahmen relativ rasch in den mittelfristigen Wiederaufbau und langfristige Entwicklungshilfe-Programme zu überführen.

World Vision Deutschland ist zwar Teil einer internationalen Partnerschaft, stellt aber zur Projektdurchführung auch eigenes geschultes Personal zur Verfügung. World Vision ist Mitglied im Koordinierungsausschuss für Humanitäre Hilfe

der Bundesregierung und steht bei Katastropheneinsätzen mit mehreren UN-Organisationen in offizieller Beziehung. Schwerpunkte der Humanitären Hilfe lagen in den letzten Jahren in Afrika und auf dem Balkan (Kosovo und Bosnien), jedoch wurde auch in Asien und Südamerika auf Katastrophen reagiert. Unser Augenmerk lag vor allem auf der schnellen Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene, die durch Naturkatastrophen oder Krieg ihre Heimalt verlassen mussten.

Menschen die vor Überflutungen oder Kriegen flüchten, die auf der Suche nach Nahrungsmitteln weite Strecken zurücklegen, haben eines gemeinsam: Sie verlieren ihre Häuser und Hütten, fast ihr gesamtes Hab und Gut und sind selten in der Lage, sich selbst zu versorgen. Dies gilt sowohl für Ernährung als auch für medizinische oder schulische Versorgung. Selbst das Dach über ihrem Kopf ist oftmals nur noch ein Provisorium.

Flüchtlingen hilft man am besten durch eine Kombination von Leistungen, die von Lebensmitteln über Decken, Plastikplanen, Medikamenten bis hin zu Schulbüchern und Schiefertafeln reichen. Um die vielfältige Not der Flüchtlinge ausreichend zu lindern, wurde das Konzept der Überlebenspakete entwickelt, die je nach klimatischer und geographischer Situation unterschiedlich gepackt und den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden. Überlebenspakete werden in vier Kategorien hergestellt: Dinge des täglichen Bedarfs (Seife, Kochtöpfe, Decken, Moskitonetze, etc.), landwirtschaftliche Produkte (Werkzeug, Saatgut), Gesundheitspakete (Medikamente, Verbandszeug), und Baumaterial zur Errichtung von Dächern oder warmen Räumen („shelter kit“). Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich mit solchen Standardpaketen die größte Not lindern lässt und die Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Leben wieder in die Hand zu nehmen. Gleichzeitig können dank dieser Standardpakete Verteilungen leichter organisiert und mehrere Bedürfnisse gleichzeitig abgedeckt werden.

World Vision Deutschland plant zur Zeit die Umsetzung eines ‚Disaster Preparedness‘ Konzeptes, welches durch Vorratshaltung solcher Überlebenspakete die Reaktionszeiten auf Katastrophen noch verkürzen soll. Bei der Flutkatastrophe in Mosambik und im Falle der Hungerflüchtlinge im Südsudan wurden die Überlebenspakete bereits sehr erfolgreich eingesetzt.

6. Ende der Schuldenkrise?

Zur Kampagne „Erlassjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung“

Für die ärmsten Länder der Welt stellt die Auslandsverschuldung seit vielen Jahren eine enorme Belastung dar. Die Kosten tragen vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten, die in vielen Ländern keinen Zugang zu ausreichender Ernährung, Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit haben, da ein Großteil des nationalen Einkommens in den Schuldendienst fließt.

Wo liegen die Ursachen dieser Verschuldung? Und wie ist das bisherige Schuldenmanagement zu bewerten? Nach fast 20 Jahren Schuldenkrise konnten die Finanz- und Wirtschaftsprobleme in Lateinamerika, Asien und Afrika trotz vielfältiger Anstrengungen nicht zufriedenstellend gelöst werden. Ganz im Gegenteil, die Gesamtschulden der Entwicklungsländer sind weiter auf ca. 2,5 Billionen Dollar gestiegen.

In der letzten Zeit ist die Verschuldungsproblematik wieder stärker in das öffentliche Interesse geraten, bedingt durch die Finanzkrisen in Asien, Lateinamerika und Russland, aber auch durch die katastrophalen Folgen des Hurrikans Mitch in den ärmsten und hochverschuldeten Ländern Zentralamerikas – Honduras und Nicaragua 1998/99. Auch die Überschwemmungen im südlichen Afrika, insbesondere in Mosambik im Februar/März dieses Jahres brachte die Thematik ins öffentliche Bewusstsein, denn vielfach sind es gerade die von Katastrophen heimgesuchten Länder, die ohnehin zu den hochverschuldeten Nationen gerechnet werden.

Seit 1971 ist die Zahl der „ärmsten Länder“, d.h. Länder mit einem hohen Anteil von Analphabetismus, großer Armut und geringen Industrieexporten, von 25 auf 48 gestiegen. So der Bericht, der auf der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) in Bangkok im Februar 2000 vorgestellt wurde (FR 14.02.00).

Schon im „Bericht über die menschliche Entwicklung 1997“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) wird ein direkter Zusammenhang zwischen der Überschuldung und der wachsenden Armut in den Ländern des Südens dargestellt: „Wenn die hochverschuldeten Länder von ihren jährlichen Schuldentrückzahlungen befreit würden, könnten sie diese Mittel für

Investitionen einsetzen, die allein in Afrika bis zum Jahr 2000 das Leben von rund 21 Millionen Kindern retten und 90 Millionen Mädchen und Frauen den Zugang zu elementarer Bildung sichern könnten.“

Trotz dieser Belastung für die Armen ist es der internationalen Staatengemeinschaft bisher nicht gelungen, die Schuldenkrise der armen Länder einer Lösung zuzuführen. Zu viel Zeit ist schon verstrichen, und nur wenige Länder sind ausreichend entschuldet. Daher fordert die Kampagne „Erlassjahr 2000“, dass ein umfassender Schuldenerlass für die hochverschuldeten armen Länder zügig umgesetzt wird und die freiwerdenden Gelder einer menschlichen Entwicklung zugute kommen können.

Die Erlassjahrkampagne fordert außerdem eine Änderung des Schuldenmanagements dahingehend, dass die reichen Gläubigerländer nicht zugleich als Richter zwischen Gläubigern und Schuldern auftreten: Bisher ist es jedenfalls so, dass die Gläubigerländer, die ihre Interessen als Kreditgeber wahren müssen, zugleich im IWF, im Pariser Club und im Londoner Club und auch bei der Weltbank das Sagen haben.

Am 19. Juni 1999 wurden 17 Millionen Unterschriften aus aller Welt (1,3 Millionen davon aus Deutschland) in Köln beim Treffen der G7 in symbolischer Form dem Gastgeber, Bundeskanzler Schröder, übergeben. Zu diesem Weltwirtschaftsgipfel waren rund 35.000 Menschen aus ca. 50 Ländern per Bahn, Zug, Schiff und Fahrrad gekommen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Im letzten Jahr ist es der internationalen Erlassjahr-Kampagne (oder Jubilee 2000, wie sie auf Englisch heißt) gelungen, die Verschuldungskrise der ärmsten Länder zu einem öffentlichen Diskussionsthema zu machen und auf diese Weise die große internationale Politik zu beeinflussen.

Die Kölner Schuldeninitiative

In Köln wurden wichtige Empfehlungen ausgesprochen, die Einfluss hatten auf die Beschlüsse der letzten Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im September 1999 in Washington. Die Kölner

Schuldeninitiative umfasst im wesentlichen folgende Punkte:

- ⇒ Die Zielwerte für die Bemessung einer tragfähigen Schuldenlast werden bei einem Verhältnis Schuldenstand zu Exporterlösen von 150 Prozent festgelegt statt, wie bisher, bei 200 bis 250 Prozent.
- ⇒ Die zugangsberechtigten HIPC-Länder („highly-indebted poor countries“ oder hoch verschuldete ärmste Länder) sollen im Pariser Club bis zu 90 Prozent und in Einzelfällen bis zu 100 Prozent ihrer bilateralen Handelsforderungen erlassen bekommen.
- ⇒ Mittelfristig sollen 36 der insgesamt 41 HIPC-Länder Schulden aus Handelskrediten und multilateralen Schulden bei IWF und Weltbank in Höhe von bis zu 50 Mrd. USD erlassen werden. Weitere 20 Milliarden Dollar Schulden sollen aus bilateralen Entwicklungshilfekrediten erlassen werden.
- ⇒ Kredite aus der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit sollen vollständig erlassen und Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder zukünftig nur noch als Zuschüsse vergeben werden.
- ⇒ Die Verknüpfung der Entschuldung mit der Durchführung der Strukturanpassungsprogramme gilt auch weiterhin. Ebenso bleibt die zeitliche Befristung von 6 Jahren bestehen, die aber flexibler gehandhabt werden soll („floating completion point“).
- ⇒ Die Mittel, die aus den Schuldendiensterlassen frei werden, sollen der Armutsbekämpfung zufließen. IWF und Weltbank wurden aufgefordert, die Armutsorientierung in die wirtschaftliche Rahmenplanung und die Strukturanpassungsprogramme zu integrieren und hierfür Vorschläge zu erarbeiten.

Insbesondere die Verknüpfung von Schuldenerlass und Armutsbekämpfung stellt eine bemerkenswerte Veränderung des Schuldenmanagements dar, auch wenn die Vorschläge insgesamt sowohl quantitativ als auch qualitativ noch verbesserungswürdig sind.

In erster Linie stellt sich natürlich die Frage, inwieweit der Schuldenerlass überhaupt Spielraum zur Armutsbekämpfung lässt, denn viele HIPC-Länder haben auch ohne Schuldenlast nicht die Fähigkeit, ein Wirtschaftswachstum zu generieren. Insofern genügt ein Schuldenerlass für sich genommen nicht, sondern muss von intensiver Entwicklungshilfe begleitet werden.

Hinzu kommt, dass den HIPC-Ländern nur 70 von insgesamt 214 Milliarden Dollar erlassen werden sollen. Es bleibt also auch nach einem Erlass eine substantielle Schuldenlast, die weiterhin die Armen belasten wird. Darüber hinaus bestehen nach erfolgtem Schuldenerlass weiterhin die strukturellen Rahmenbedingungen von Armut weiter: Den Armen fehlt oft der Zugang zu Land, Wasser, Gesundheit, Bildung und politischer Einflussnahme.

Aus deutscher Sicht kommt noch hinzu, dass in den nächsten Jahren die staatlichen Entwicklungshilfegelder weiter reduziert werden. Insbesondere soll der Entwicklungshilfeetat für private, nicht-kirchliche Träger um 18% gesenkt werden. Insgesamt wird der Bundeshaushalt 2000 des BMZ im Vergleich zum Vorjahr um 674 Mio. DM, d.h. 8,7% gekürzt. Hingegen beträgt der Einnahmeausfall durch den Schuldenerlass im Rahmen der HIPC Initiative 110 Mio. DM im Jahr 2000 (German Watch 03/99). Was Deutschland also durch den Schuldenerlass an Geldrücklauf einbüßt, spart es durch Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit um ein Mehrfaches wieder ein.

Es bleibt zu beobachten, wie der von IWF und Weltbank vorgestellte „Erweiterte Handlungsrahmen zur Armutsbekämpfung“ umgesetzt wird. Kernelemente dieses Rahmens sind:

- ⇒ Armutsbekämpfung wird als wirtschaftliches Problem und nicht mehr nur als fehlender sozialer Dienstleistungssektor begriffen.
- ⇒ Die Entwicklung der vorgesehenen länderspezifischen „Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung“ (Poverty Reduction Strategy Paper - PRSP) sollen nicht mehr nur von Regierungen ausgehandelt werden. Jetzt sollen Organisationen der Zivilgesellschaft mit einbezogen werden - wie Vertreter der Erlassjahrkampagne es seit geraumer Zeit gefordert haben.

Allerdings muss die Beteiligung der Zivilgesellschaft genauer definiert werden: Wer ist damit gemeint, wer wird dort vertreten? Denn zum einen ist bekannt, dass die Zusammenarbeit zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft in manchen Ländern überhaupt nicht oder nur punktuell existiert. Zum anderen stellt sich die Frage, welche qualifizierten Personen an dieser PRSP konkret mitarbeiten sollen, zumal der PRSP-Prozess schon begonnen hat: Im Vierten Quartal 1999 haben Bolivien, Gambia, Guyana, Ruanda, Uganda, Vietnam, Cote d'Ivoire, CAR, Guinea,

Laos bereits die Arbeit daran aufgenommen. Und im Jahr 2000 folgen Armenien, Aserbaidschan, Bangladesch, Benin, Kamerun, Georgien, Guinea Bissau, Honduras, Kirgisistan, Mazedonien, Tansania und möglicherweise Pakistan.

Uganda, Bolivien und Mauretanien sind die ersten, die von dieser „erweiterten“ HIPC-Initiative profitieren. Doch noch in diesem Jahr sollen mehr als 25 Länder den so genannten Decision point, d.h. den Zeitpunkt des Entscheids über die Entschuldung, erreichen. Das Strategiepapier zur Armutsbekämpfung soll grundsätzlich zu diesem Zeitpunkt vorliegen.

Eine weitere Änderung in Richtung Armutsbekämpfung wird sichtbar in der Umbenennung der bisherigen „Erweiterten Anpassungsfähigkeit“ (ESAF), womit die vom IWF bereitgestellten günstigen Kredite für die Durchführung von Strukturanpassungsmaßnahmen gemeint sind. Diese sollen in Zukunft „Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfähigkeit“ (englisch „Poverty Reduction and Growth Facility“ oder PRAG) heißen und ESAF ersetzen.

Basis dieser Armutsbekämpfungsprogramme bleibt allerdings der makroökonomische Rahmen. Damit bleiben die Kernelemente der bisherigen Strukturanpassungsprogramme bestehen: Deflationspolitik, Kürzungen der Haushaltsmittel, Privatisierung und Liberalisierung. Deshalb bleibt abzuwarten, ob alter Wein in neue Schläuche gegossen werden soll und nur neue Namen für gescheiterte Konzepte gefunden wurden, oder ob tatsächlich eine den Bedürfnissen der Armen entsprechende Politik zur Wirkung kommt. Gerade deshalb sind wir gefragt, uns weiter aktiv in diesen Prozess einzuschalten.

Forderungen der Erlassjahrkampagne

Die Kampagne „Erlassjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung“ wurde Mitte September 1997 von mehr als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hilfswerken, entwicklungspolitischen Initiativen und kirchlichen Verbänden, darunter World Vision, begründet. Sie verlangten eine umfassende und endgültige Lösung der Schuldenkrise und forderten die Durchsetzung von zwei Hauptpunkten:

1. einen weitreichenden Schuldenerlass für die armen Länder der Erde im Jahr 2000 sowie
2. die völkerrechtlich verbindliche Neugestaltung internationaler Finanzbeziehungen im Sinne eines

fairen Interessenausgleichs zwischen Schuldnern und Gläubigern – also ein Internationales Insolvenzrecht (vgl. auch die Empfehlungen der Kölner Schuldeninitiative).

Die Kampagne ist heute mit mehr als 1850 Mitträgerorganisationen zum größten entwicklungspolitischen Bündnis geworden und weltweit in über 50 Ländern vertreten. Sie ist bis Ende des Jahres begrenzt, gefolgt von einer Auswertungsphase bis Ende Juni 2001.

Warum hat sich nun World Vision, eine eher projektbezogene Nicht-Regierungsorganisation (NRO), dieser Kampagne angeschlossen? Unser erklärtes Ziel ist die nachhaltige Entwicklung in den Regionen, in denen wir arbeiten. Von der UN wurde 1986 im Rahmen des Brundlandts-Berichts nachhaltige Entwicklung wie folgt definiert: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der jetzigen Generation befriedigt, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können.“

Wie aber soll eine Entwicklung nachhaltig sein in Ländern, die mehr Geld in die Schuldendienstzahlungen einbringen als sie je für Gesundheit und Erziehung ihrer Bewohner bereit stellen können? Wie soll die Entwicklung nachhaltig sein, wenn Länder fast ausschließlich Exporteinnahmen – also harte Devisen – erwirtschaften müssen, um den Schuldendienst zu begleichen? Zumal diese mit hohen Lasten für die Umwelt und die Bevölkerung verbunden ist. Denn den Preis bezahlen jene, mit denen und für die wir arbeiten. Nur wenn die Schuldenkrise gelöst wird, wenn die internationalen Rahmenbedingungen für eine wirksame Armutsbekämpfung förderlich sind, können wir und die Armen hoffen, dass unsere gemeinsamen Entwicklungsbemühungen auch wirklich Früchte tragen. Darum sind wir aufgefordert, nach Lösungsmöglichkeiten für die Armutstrukturen zu suchen.

Das Jubel- oder Erlassjahr geht auf ein biblisches Motiv zurück (Lev 25), nach dem alle 50 Jahre die Schulden erlassen und gepachtetes Land zurückgegeben werden sollte. Die Jahrtausendwende ist der Anlass, für die hoch verschuldeten armen Länder einen Schuldenerlass zu fordern und damit einen Neuanfang für menschliche Entwicklung zu schaffen.

7. Ganzheitliche Entwicklungszusammenarbeit

Zu den Voraussetzungen der Entwicklungszusammenarbeit gehört die Prämisse, dass Hilfe zur Selbsthilfe ohne Ansehen der Person, Rasse, Hautfarbe, Nationalität und Religion zu geschehen hat. Es gilt als unangebracht, wenn medizinische, wirtschaftliche oder soziale Hilfe für die Armen mit unserem Superioritätsdenken begleitet wird oder wenn Entwicklungshilfe dazu genutzt wird, unsere eigenen kulturellen oder gar religiösen Präferenzen unter den Hilfsempfängern zu propagieren. Aus diesem Grund gilt auch bei World Vision das Prinzip, nach dem humanitäre Nothilfe oder langfristige Entwicklungshilfe an keine Vorbedingungen geknüpft werden darf.

Aus dieser – grundsätzlich richtigen – Überlegung heraus hat sich im Lager der Entwicklungsexperten so etwas wie eine selbst auferlegte kulturelle und religiöse Neutralität eingebürgert, die es für unangemessen hält, wollte man versuchen, die indigene Kultur oder Religion der Einheimischen in Frage zu stellen oder ihr unsere eigenen kulturellen oder religiösen Vorstellungen aufzunötigen.

Dennoch lässt sich diese vermeintliche Neutralität im praktischen Vollzug nicht durchhalten. Gerade die ausländischen Entwicklungsexperten („expatriates“) bringen, oft ohne es zu wollen und ohne sich dessen bewusst zu sein, ihre eigenen kulturellen Vorverständnisse und Vorurteile in die Arbeit ein und müssen schmerzhaft lernen, dass die Menschen, mit denen sie arbeiten, andere Lebensgewohnheiten und andere Wertvorstellungen haben.

Was die Religiosität der „expatriates“ betrifft, so sind viele es gewohnt, Arbeit und Glaube, Beruf und Privates, säuberlich zu trennen, so dass die Einheimischen manchmal den Eindruck gewinnen, als spiele bei den „Westlern“ Religion im Alltag keine oder nur eine untergeordnete Rolle.

Ein Entwicklungshelfer, der eng mit Völkern der „Dritten Welt“ zusammen arbeitet, muss lernen, welche Bedeutung religiöse Vorstellungen für den Alltag dieser Menschen haben können. Er stößt bei ihnen oft an unerfindliche Grenzen der Machbarkeit, Veränderbarkeit und Entwicklungsbereitschaft, weil das religiöse Denken den „fremden“ Veränderungen oft genug im Wege zu stehen scheint. Ob es um das Bohren von

Brunnen geht, die Einführung neuer Agrarerzeugnisse, Anbaumethoden oder die Abschaffung gesundheitsschädlicher Praktiken wie die Genitalverstümmelung von Mädchen – immer wieder stößt man bei den einheimischen Völkern auf ein enges Ineinneinandergreifen von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und religiösen Vorstellungen und Gepflogenheiten. Die im Westen übliche Trennung von Religion und Alltag, welche durch den Rationalismus begründet wurde, gibt es in den meisten Kulturen dieser Welt nicht. Bei den Naturvölkern und anderen Ethnien hat jede Lebensäußerung auch einen religiösen Aspekt. Wer sich dessen nicht bewusst wird, ist als Entwicklungshelfer zum Scheitern verurteilt.

Aus diesen Gründen hat World Vision die „ganzheitliche Entwicklung“ zum Grundsatz erhoben.

Ganzheitliche Entwicklung: Was ist damit gemeint?

World Vision führt groß angelegte „integrierte Regionalentwicklungsprojekte“ durch, bei denen es um eine multisektorale Entwicklungszusammenarbeit geht, in die alle Lebensbereiche mit einbezogen werden. Weil es zwischen diesen Bereichen vitale Interdependenzen gibt, sollen sie auch gleichzeitig entwickelt werden. Dabei spielen nicht nur wirtschaftliche, medizinische, bildungspolitische und ernährungsrelevante Fragen, sondern auch soziale, religiöse und weltanschauliche Vorstellungen eine bedeutende Rolle, weil letzteren eine Schlüsselrolle für alle Veränderungen zukommen.

Werden neue landwirtschaftliche Methoden eingeführt, laufen parallel dazu Ernährungskurse. Werden Brunnen gebohrt und Bewässerungsanlagen gebaut, findet auch Hygieneberatung statt. Der Aufbau einer Gesundheitsstation wird von Mutter-und-Kind-Kursen begleitet, in denen es auch um Verhütungsmethoden und AIDS-Aufklärung geht. Parallel zum Bau einer Schule werden Erwachsenenurse im Lesen, Schreiben und Rechnen angeboten, wodurch den Erwachsenen die Bedeutung der Schulbildung veranschaulicht wird. Jede materielle Veränderung hat ideelle und oft religiöse Konsequenzen und Voraussetzungen.

In Indien wollten Entwicklungshelfer von World Vision die Bewohner eines Dorfes ermuntern, Orangenbäume anzupflanzen. Dies stieß auf unerwarteten Widerstand, weil nach den Vorstellungen der Dorfbewohner – wie sich nach längeren Gesprächen ergab – der erste, der einen Orangenbaum anpflanzte, dem Tod geweiht wäre. Eine Lösung zeigte sich, als ein alter Mann sich anbot, die Erstpflanzung vorzunehmen. „Wenn ich sterbe“, sagte er, „ist es nicht weiter tragisch, denn ich bin alt und schwach; bleib ich am leben, so ist es auch recht.“

Manche der Entwicklungshelfer stehen in einem Zwiespalt, wenn sie sehen, wie althergebrachte Vorstellungen einer Entwicklung im Wege stehen. Ein indischer Programmleiter brachte sein Dilemma so auf den Punkt: „Sind es religiöse Ideen, die wir nicht antasten dürfen, oder sind es weltanschauliche Verirrungen, die wir verändern müssen?“

Entwicklungsarbeit vollzieht sich nicht ohne einen Wertewandel. Und Wertewandel geht oft mit Werteverfall einher, sofern die wichtigen kulturellen und religiösen Werte nicht erkannt, benannt und ganz bewusst bewahrt und gepflegt werden. Deshalb trägt World Vision in seinen Projekten dem Stellenwert Rechnung, den die meisten Kulturen der Religion zumessen. Gottesdienst und Anbetung, religiöse Erziehung der Kinder, Religionsunterricht in den Schulen und die Pflege der religiösen Feste und Riten sollen nicht untergraben, sondern gefördert werden.

Bei alledem geben sich World Vision-Mitarbeiter in der Regel nicht unbeteiligt und wertfrei, sondern als engagierte und überzeugte Christen, denen das biblische Menschenbild, die von Jesus gepredigte Nächstenliebe und die Hinwendung zu den Armen wichtig sind. Sie bemühen sich auch darum, ihre eigenen religiösen Überzeugungen und christlichen Werte im Alltag sichtbar zu machen.

Die heute weltweit akzeptierten Menschenrechte basieren auf christlichen Werten: Die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Gleichberechtigung aller Menschen, Rassen und Geschlechter, die Rechte der Kinder, die partizipativen Elemente einer demokratischen Ordnung, die religiöse Freiheit und vieles mehr.

World Vision nimmt den Menschen als ganzheitliches Wesen aus Leib, Seele und Geist ernst. Deshalb ist auch die Entwicklungszusammenar-

beit ein ganzheitlicher Auftrag, der die vielfältigen Bedürfnisse der Menschen in ihrem gesellschaftlichen Kontext berücksichtigt.